

An:
Die Studierendenschaft der Universität Erfurt,
die allgemeine Öffentlichkeit

Telefon:

Nordhäuser Straße 63
99089 Erfurt

+49 361 737 – 1890

E-Mail:

stura.vorstand@uni-erfurt.de

Zeichen:

SV

Datum:

11/02/2020

Stellungnahme des 21. Studierendenrates zu den Folgen der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen

Der Studierendenrat der Universität Erfurt möchte mit dieser Erklärung Stellung zu der Thüringer Ministerpräsidentenwahl vom 05.02.2020 beziehen, die politische Willensbildung der Studierenden fördern und auf die Aufrufe von Initiativen und Hochschulgruppen aufmerksam machen.

Der Studierendenrat der Universität Erfurt kritisiert angesichts der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen in der vergangenen Woche den Verlauf der Wahl und das Abstimmungsverhalten von Parlamentarier*innen, was zu der Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten führte. Ein Ministerpräsident einer Partei, die mit nur 5 Sitzen überhaupt in den Landtag eingezogen ist, ohne Kabinett und Regierungsprogramm. Die Annahme der Wahl mündete in einer Situation der Unsicherheit und Unglaubwürdigkeit der Politik. Sie diene nicht dazu, eine funktionsfähige Regierung ins Amt zu wählen, sondern ist nur Ausdruck der Ablehnung der bisherigen Regierung. In diesen angespannten Zeiten wird durch derartige Abläufe das Vertrauen in die Politik nachhaltig beschädigt. Wichtige Entscheidungen können nun nicht getroffen werden. Die Landespolitik ist de facto nicht handlungsfähig.

Besonders möchten wir auf die daraus resultierenden Probleme im Bereich von Lehre und Forschung, sprich im Bereich der Hochschulpolitik, eingehen. Unsere Hochschule wird vom Land finanziert, dies geschieht auf Grundlage der Rahmenvereinbarungen zwischen der Landesregierung und den Hochschulen des Landes und auf Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Sowohl die Rahmenvereinbarung IV als auch die aktuellen Ziel- und Leistungsvereinbarungen laufen zum 31.12.2020 aus. Für eine Verhandlung der Rahmenvereinbarung V sollten bereits jetzt die Diskussionen laufen, was aufgrund einer fehlenden Regierung nicht oder nur sehr begrenzt möglich ist. Hier können wichtige Entscheidungen nicht zukunftsweisend getroffen werden. Wie die Hochschulen zukünftig ihr Wirken gestalten, welche Schwerpunkte gesetzt werden und wo ein Ausbau bisheriger Aktivitäten vorgenommen werden kann, lässt sich so nicht voraussagen oder gar planen. Dies hat fundamentale Auswirkungen auf die Qualität und Zukunftsfähigkeit der Lehre und Forschung an den Thüringer Hochschulen und zeigt ganz praktisch, wie sich diese Handlungsunfähigkeit der Regierung im Hochschulkontext auswirkt.

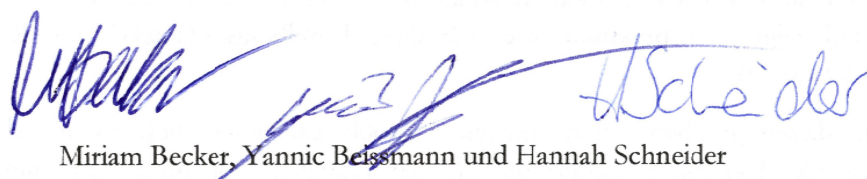
Abgesehen von diesen greifbaren und faktischen Problemstellungen befürchten wir durch das Mitwirken von rechten Kräften, namentlich der AfD, auch mögliche zukünftige Bedrohungen für eine freie, solidarische Studierendenschaft und für ihre paritätische, umfassende Mitwirkung an den Hochschulen. Errungenschaften der letzten Regierung wie die Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes, welches Studierenden stärkere Mitbestimmungsrechte eingeräumt hat, könnten

rückgängig gemacht oder stark eingeschränkt werden. Während wir uns durch die bisherige Regierung in vielen Bereichen gestärkt sahen, erinnern wir uns an verschiedene Kleine Anfragen der Oppositionsparteien, die die Legitimation verfasster Studierendenschaften für diskussionswürdig erachten oder sie gar abschaffen möchten (vgl. Thüringer Landtag, Drucksache [6/2136](#), [6/4337](#), [6/4338](#), [6/5784](#)). Hierzu möchten wir auf die [Pressemitteilung](#) des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften¹ (fzs e.V.) vom 06.02.2020 verweisen, welche eindrücklich darstellt, weshalb eine gemeinsame Interessenslage dieser Parteien im Kontext der Hochschulpolitik nicht neu, sondern höchst bedenklich für die Hochschulautonomie, Demokratie und die Freiheit von Lehre, Wissenschaft und Forschung ist.

Von „Brandmauern gegenüber den Extremen“ zu sprechen, während man sich von Björn Höckes² AfD ohne eigene Mehrheiten ins Amt wählen lässt, halten wir für blanken Hohn. Immer wieder zeigt sich, dass die AfD verfassungsfeindliche, antifeministische, rassistische, antisemitische und nationalistische Positionen in ihren Reihen nicht nur toleriert, sondern aktiv befürwortet und ihnen den Weg in die sogenannte Mitte der Gesellschaft und den täglichen gesellschaftlichen Diskurs bereitet. Mit der AfD kann schlussfolgernd keine demokratische Regierung auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gebildet werden. Wer sich mit den Stimmen einer solchen Partei zum Ministerpräsidenten wählen lässt oder gemeinsam mit diesen Stimmen einen Ministerpräsidenten wählt, nur um einen Gegenkandidaten auszustechen (welcher sowohl über ein Regierungsprogramm als auch ein Kabinett verfügt!), handelt destruktiv und hat die solidarische Gesellschaft gegen sich.

Der Studierendenrat unterstützt deshalb die Großdemo #nichtmituns am 15. Februar auf dem Erfurter Domplatz. Wir solidarisieren uns mit den Inhalten des Demoaufrufes: Für Demokratie und gesellschaftlichen Antifaschismus, für Arbeitnehmer*innenrechte, soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus! Gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD! Ebenso begrüßen wir den breiten und gewaltfreien Diskurs, welcher unmittelbar nach der Wahl startete und seitdem erfreulicherweise nicht abebbt. Wir wünschen uns, dass dieser Diskurs auch an unserer Hochschule fortgeführt wird und von der Breite der Studierenden und Hochschulangehörigen konstruktiv getragen wird. Insbesondere an einer geisteswissenschaftlichen Universität haben wir die Verantwortung, geschichtsverleugnenden Kräften entgegen zu treten. Zudem vertreten wir internationale Studierende, die von der gesellschaftlichen Brandstiftung der AfD, durch nationalistische und rassistische Äußerungen, direkt betroffen sind. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen studentischen Initiativen und Hochschulgruppen bedanken, die den Diskurs gegen ausgrenzende und diskriminierende Strukturen und Narrative seit Jahren führen und bei allen Hochschullehrer*innen, die in ihrer Lehre aktuelle Geschehnisse in die Diskussion einbeziehen. Eine Mehrzahl von Hochschulgruppen und studentischen Initiativen engagiert sich regelmäßig für Klimaschutz, Menschen- und Minderheitsrechte, die Europäische Integration und die Integration von Geflüchteten. Wir freuen uns über eine zahlreiche Teilnahme aus der Studierendenschaft.

Für den Studierendenrat der Universität Erfurt



Miriam Becker, Yannic Beissmann und Hannah Schneider

¹ Der fzs ist der größte Bundesverband von Studierendenschaften. Der StuRa der Universität Erfurt ist Vollmitglied.

² Diesen darf man gerichtlich bestätigt als Faschist bezeichnen (vgl. Verwaltungsgericht Meiningen [2 E 1194/19 Me](#)).